

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: **A 19/0234-01**

Status: öffentlich

Datum: 22.03.2019

Ordnungswidrigkeit "Zigarettenkippen auf städtischen Flächen"
Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge

Status	Datum	Gremium
Ö	01.04.2019	Ausschuss für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragen:

1. Die Verwaltung prüft die rechtlichen Möglichkeiten, im Rahmen der Satzung für die städtischen Anlagen und durch die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Verstöße beim Wegwerfen von Zigaretten und -kippen z.B. auf Kinderspielplätzen mit der Verhängung von hohen Geldbußen zu ahnden und diesen Tatbestand als Ordnungswidrigkeit gesondert zu regeln.
2. Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag für zukünftig verstärkte Kontrollgänge der städtischen Ordnungskräfte auch in den städtischen Anlagen (wie z.B. Kinderspielplätze) zu machen, um der Verschmutzung dieser öffentlichen Flächen insbesondere durch Wegwerfen von Zigaretten, -kippen und -filtern zu begegnen.

Sachverhalt:

Durch eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (A 19/0211-01) zum Thema „Gift in Zigarettenkippen und -filtern“ ist die wirksame Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeit „Wegwerfen von Zigaretten und -kippen“ auf öffentlichen Flächen (wie z.B. Kinderspielplätzen) zuletzt im Ausschuss für Umwelt und Energie am 19.03.2019 intensiv diskutiert worden. Die Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung, mit welchen geeigneten Maßnahmen diesem Fehlverhalten Einzelner zum Teil auf hoch sensiblen öffentlichen Flächen durch die städtischen Ordnungskräfte zukünftig erfolgreicher begegnet werden könnte, wurde als unbefriedigend empfunden. Die Auffassung der Verwaltung, dass sie sich nicht in der Lage sieht, die in dem Vorschlag genannten Maßnahmen zu entwickeln bzw. umzusetzen, kann nicht das „letzte“ Wort der Verwaltung gewesen sein.

Deshalb stellen die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, die Möglichkeiten über das Mülheimer Ortsrecht und über stärkere Kontrollen auf öffentlichen Flächen zur wirkungsvolleren Bekämpfung dieses Tatbestandes der Verschmutzung zu prüfen.

Christina Küsters
CDU-Fraktionsvorsitzende

Markus Püll
Ausschusssprecher

Tim Giesbert
Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

